

# Vogtletter

## In dieser Ausgabe:

Der **Unterbezirksparteitag der vogtländischen SPD** wählte einen neuen Vorstand. Der Bericht von der Veranstaltung ist auf Seite 2.

Wer **NPD** wählt, wählt nicht Protest, sondern **Diktatur, Verfolgung und Intoleranz**. Meint Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auf Seite 2.

Wo der rechtsgültige Text aller **sächsischen Förder Richtlinien** zu finden ist, erfahren Sie auf Seite 2.

Die **Bilanz des Ombudsrates** zur Arbeitsmarktreform finden Sie auf Seite 3.

Dort gibt es auch den Bericht vom Besuch des Rundfunksenders „**Radio Euroherz**“ in Hof, bei dem Rolf Schwanitz einen Vormittag lang eine **Sondersendung zu Hartz IV** bestritt.

Um die **Offenlegung der Nebeneinkünfte** bei allen hauptamtlichen Politikern auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene geht es Rolf Schwanitz auf Seite 4.

Hier äußert er sich auch zur **Fluthilfe für Südostasien**. Außerdem gibt es dort Infos zu einer neuen Broschüre des Bundeswirtschaftsministeriums.

Auf der letzten Seite finden Sie wie immer die nächsten **Termine** und **Bürger-sprechstunden** von Rolf Schwanitz.

## Regulierungsbehörde eingeschaltet

Ende Januar verkündete die Deutsche Post AG, die Partner-Filialen in Mühltroff, Mehltheuer und Syrau schließen zu wollen. Ebenso wie für die Bürger der betroffenen Region ist es für den vogtländischen Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz untragbar, dass sich die Post in Teilen des Vogtlandes komplett aus der Fläche zurückzieht. "Die Schließungspläne müssen vom Tisch", so Schwanitz. Dies gilt auch für die Partner-Filialen in Plauen, insbesondere im Stadtteil Alt-Chrieschwitz. Deshalb hat er sich nicht nur bei der Deutschen Post AG direkt beschwert, sondern zugleich auch eine Eingabe an die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post gerichtet. Seine Eingabe soll die Regulierungsbehörde veranlassen, gegenüber der Deutschen Post AG eine Maßnahme zur Sicherstellung der Qualitätsmerkmale nach der so genannten Postuniversaldienstleistungsverordnung (PUDLV) anzuordnen. Damit wäre ein Weiterbestehen der Filialen sichergestellt.

Schwanitz stützt seine Eingabe gegen die Schließung der Filialen in Mühltroff, Mehltheuer und Syrau darauf, dass diese Post-Pläne einem zentralen Ziel der PUDLV widersprechen. Die Post sei in der Pflicht, ein ausreichendes Netz an stationären Einrichtungen in den Landkreisen vorzuhalten. Diese Pflicht würde bei Umsetzung der beabsichtigten Schließungspläne verletzt. Dabei sind für Schwanitz zwei Aspekte zentral: Zum einen habe die Post die Größe der Gemeinden nicht angemessen berücksichtigt. Zwar lägen die drei Gemeinden für sich allein genommen jeweils unter dem Grenzwert von 2000 Einwohnern. Insgesamt ist von der Schließung jedoch ein zusammenhängender Verkehrsraum mit über 5.300 Einwohnern betroffen. Zum anderen, so Schwanitz, würde nach Schließung der drei Filialen ein größeres Gebiet des Vogtlandes ohne Postfiliale sein. Die Zahl der „weißen Flecken“ ohne Postfiliale würde im Vogtlandkreis erheblich steigen. Das entspräche nach Auffassung von Schwanitz nicht den Qualitätsanforderungen, die die Post laut Verordnung absichern muss. Schwanitz: „Ich fordere Post und Regulierungsbehörde deshalb auf, die Partner-Filialen in Syrau, Mehltheuer und Mühltroff zu erhalten.“ Die Regulierungsbehörde wacht über die Entscheidungen der Post und kann ihr zur Sicherstellung der Qualität bei Postdienstleistungen Auflagen erteilen.



## Schwanitz im Gespräch mit Hofer Schülern



**Rolf Schwanitz diskutierte mit Schülern der Fachoberschule Hof**  
Foto: Rainer Schmidt

Es ist bereits guter Brauch an der Berufs- und Fachoberschule Hof, jedes Jahr einen prominenten Politiker zur politischen Diskussion mit den Schülern der Oberstufe einzuladen. Nachdem in den Vorjahren u.a. die ehemalige brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt und der ehemalige Bundesverkehrsminister Jürgen Warncke an der Hofer Schule zu Gast waren, hatte Schulleiter Hans Dietrich in diesem Jahr den Staatsminister beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, eingeladen. Anfang Februar löste Schwanitz seine Zusage ein und stellte sich den Fragen der Schüler. Ob er für Studiengebühren sei, wollte eine junge Frau wissen, und was man gegen solche Gebühren tun könne? Ein Klassenkamerad kritisierte die amerikanische Außenpolitik und lobte die Haltung der Bundesregierung zum Irak-Krieg. Aber auch persönliche Fragen nach Diäten und Nebentätigkeiten wurden gestellt. Schwanitz stand zu allen Themen geduldig Rede und Antwort und als er nach zweimal anderthalb Stunden engagierter Diskussion die Schule wieder verließ, wurde er mit Applaus verabschiedet.

## Außerordentlicher SPD-Unterbezirksparteitag im Vogtland



**Lutz Kätzel, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Vogtland, Rolf Schwanitz, Staatsminister beim Bundeskanzler, Thomas Jurk, SPD-Landesvorsitzender und sächsischer Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, und SPD-Landtagsabgeordneter Enrico Bräunig (v.l.n.r.) auf dem SPD-Unterbezirksparteitag**

Am 25. Januar fand im Vogtland ein außerordentlicher Unterbezirksparteitag der SPD statt. Er wurde notwendig, weil einige Vorstandsmitglieder ihr Amt niedergelegt hatten. Hintergrund war unter anderem die schwierige Entscheidung im Vorstand des Unterbezirks über den erstplatzierten Kandidaten der Vogtland-SPD bei den Landtagswahlen im September 2004. Dieses Rennen hatte nach einigem Hin und Her Enrico Bräunig für sich entschieden. Er vertritt nun die Vogtland-SPD im sächsischen Landtag und macht dabei eine gute Figur.

Der sächsische SPD-Landesvorsitzende und Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, Herr Thomas Jurk, gab auf dem Parteitag einen Bericht zur Landespolitik. Rolf Schwanitz erläuterte wichtige bundespolitische Fragen. Beide waren sich einig: Die SPD hat durch ihre Regierungsverantwortung in Dresden eine große Chance, im Interesse der Bürger Politik zu gestalten. Der Ausbau von Kitas und Ganztagschulen sowie das

Verhindern von Studiengebühren sind dabei nur einige Beispiele. „Dafür haben wir mit dem Koalitionsvertrag eine gute Grundlage

Nun ist es passiert. Die NPD hat im sächsischen Landtag einen Eklat produziert und sich als das gezeigt, was sie ist: Eine Partei von Neonazis. Den aufmerksamen Beobachter konnte das nicht wirklich überraschen. Schon frühzeitig wurde klar, dass die Braunen in Dresden alles zusammenziehen, was in der Szene deutschlandweit in vorderster Linie sein Unwesen getrieben hat. Im Spagat zwischen Biedermann und Provokation wollen sie sich nun dauerhaft etablieren und von Sachsen den Sprung in alle deutschen Parlamente schaffen. Ob das gelingt, ist offen. Drei Dinge bleiben vorerst festzuhalten: Erstens: Es war richtig, dass die demokratischen Parteien im Landtag endlich zusammengestanden und zu einer aktiven Auseinandersetzung gefunden haben. Der Alterspräsident Cornelius Weiss hat eine Rede gehalten, auf die wir stolz sein können.

gelegt“, so Schwanitz zu den Parteitagsdelegierten.

Mit Spannung wurden dann die Vorstandswahlen erwartet. Die Wahlentscheidungen fielen knapp aus. Mit nur zwei Stimmen Vorsprung wurde der bisherige Unterbezirkvorsitzende Lutz Kätzel im Amt bestätigt. Der Vorstand wurde teilweise neu besetzt.

Alle Delegierten haben die Erwartung, dass Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt und alle Beteiligten an einem Strang ziehen werden. Die Zerstrittenheit, die gerade von der sächsischen CDU dem staunenden Publikum präsentiert wird, solle allen eine Lehre sein.

### Kurz gemeldet

#### Alle sächsischen Förderrichtlinien im Internet

Der rechtsgültige Text aller sächsischen Förderrichtlinien kann jetzt im Internetangebot des Freistaates abgerufen werden. Die Vorschriften werden auf dem jeweils aktuellen Stand und in rechtsbereinigter Form bereit gestellt. Alle Interessenten aus Unternehmen, Landwirtschaft, Kommunen, Verbänden und Vereinen haben damit selbst Zugriff auf die Texte, die den Entscheidungen der Verwaltung über staatliche Fördermaßnahmen zugrunde liegen. Das Angebot erweitert die bereits bisher unter der Adresse [www.foerderfibel.sachsen.de](http://www.foerderfibel.sachsen.de) erreichbaren Informationen zu Fördermöglichkeiten im Freistaat und ist auch über den Bürgerservice [www.recht.sachsen.de](http://www.recht.sachsen.de) erreichbar.

## Ein Aufschrei geht durchs Land

Und die NPD-Kader mussten so ihre Maske fallen lassen. Genau das ist wichtig, auch wenn es zugleich Deutschlands Ansehen schadet. Die Wähler der NPD müssen sehen, wen sie gewählt haben und was jene mit ihrer gewonnenen Macht im Sinn haben.

Zweitens: Der Freiraum, welcher den NPD-Abgeordneten in der Debatte vom Landtagspräsidenten gewährt wurde, war unerträglich. Es mutet grotesk an, das von Dresden aus eine Debatte über die strafrechtliche Lockerung der Indemnität losgetreten wird, wenn der Landtagspräsident noch nicht einmal die simpelsten Instrumente des Haus- und Ordnungsrechts beherrscht. Im Bundestag wäre dies (glücklicherweise) unvorstellbar. Und Drittens: Spätestens nach dieser Debatte sollte jedem Protestwähler klar sein: Wer NPD wählt, wählt nicht Protest. Er wählt vielmehr

Diktatur, Verfolgung und Intoleranz der übelsten Sorte. Ein solches Votum kann keine moralische Legitimation haben, egal in welcher persönlichen Lage man steckt. Für uns alle ist nun mehr klar: Wir stehen nicht am Ende, sondern am Anfang einer großen, längst überfälligen Auseinandersetzung. Denn Aussitzen ist nicht mehr, für keinen und nirgendwo.

Rolf Schwanitz



# Was die Euroherz-Hörer interessiert

## Kurz gemeldet

Ende Januar war Staatsminister Rolf Schwanitz zu Gast bei dem auch im Vogtland beliebten Hofer Rundfunksender "Radio Euroherz". Einen ganzen Vormittag stand er im Studio bei einer Sondersendung zu Hartz IV als Experte Rede und Antwort. Nach fast einem Monat Hartz IV zog Schwanitz eine erste kleine Zwischenbilanz: "Die Umstellung war nicht so schwierig wie erwartet. Insgesamt war der Start in Ordnung. Ein großes Lob auch für die Mitarbeiter der Arbeitsagenturen." Wichtig ist für ihn jetzt, dass der Umbau der Bundesagentur endlich vorankommt. Die Vermittlung von Arbeitslosen - das Kerngeschäft - muss endlich wieder im Mittelpunkt stehen.



Rolf Schwanitz im Studio von Radio Euroherz in Hof

Für Schwanitz führt die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu mehr Gerechtigkeit, denn beides sind steuerfinanzierte Leistungen, bei denen die Steuerzahler erwarten, dass sie effizient und am Bedarf orientiert sind. Ein großer Vorteil ist in seinen Augen, dass Sozialhilfeempfänger endlich Zugang zu den Angeboten

der Arbeitsagenturen haben. Mit erkennbaren Effekten der Arbeitsmarktreformen rechnet Schwanitz erst zu Beginn nächsten Jahres.

Natürlich wurden auch zahlreiche Hörerfragen beantwortet. Es ging um die Definition von angemessenem Wohnraum, die neuen Zuverdienst-Regelungen, die Arbeitsgelegenheiten und die besondere Förderung der unter 25jährigen. Schwanitz wick aber auch der Frage nach der Regelleistungshöhe nicht aus. Er kündigte eine Überprüfung an, so bald die neue Stichprobe des statistischen

Bundesamtes vorliegt. Er wies auch darauf hin, dass die Empfänger von ALG II eine Befreiung von den Rundfunk- und Fernsehgebühren und eine Gebührenermäßigung bei der Deutschen Telekom beantragen können. Zudem hat sich für ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger die Belastungsgrenze bei den Zuzahlungen in der gesetzlichen Krankenkasse verringert. Denn als Bruttoeinnahme ist nur die monatliche Regelleistung von 345 bzw. 331 € und nicht die gesamte ALG-II-Zahlung maßgeblich. Zuzahlungen sind dann nur bis zu einer Belastungsgrenze von maximal 82,80 bzw. 79,44 € jährlich (durchschnittlich 6,90 bzw. 6,62 € pro Monat) zu leisten.

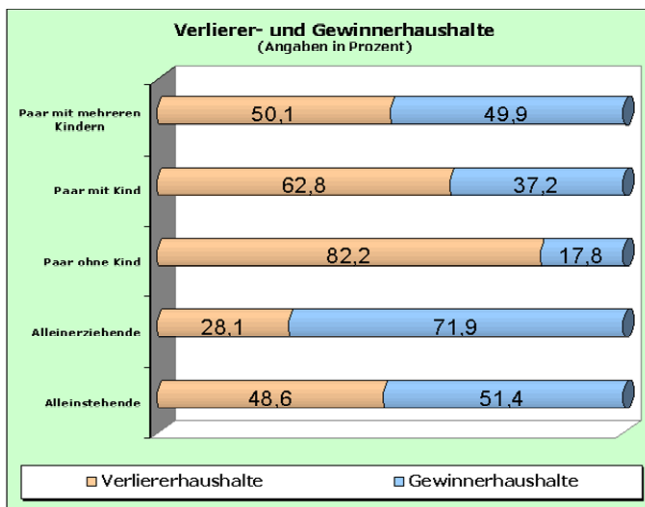
Sehr kritisch äußerte sich der Staatsminister zu Vorschlägen, die 1-€-Jobs auch in der privaten Wirtschaft einzuführen: "Da halte ich nichts von. Dies wäre letztendlich nur eine weitere Subvention für Unternehmen. Ich halte es dagegen für sinnvoll, eine 'Unbedenklichkeitsbescheinigung' wie bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einzuführen."

Abschließend appellierte Schwanitz an die Hilfeemp-

### Ombudsrat zieht Bilanz

Bis Mitte Januar hatten sich ca. 5.400 Bürger mit schriftlichen und telefonischen Eingaben an den Ombudsrat gewandt. Überwiegend ging es um technische Fragen zum Bescheid. Häufig gab es aber auch Kritik an den Regelungen zur Bedarfsgemeinschaft und an der so genannten "58er-Regelung". Etwa 70 Prozent der Beschwerden stammen von Ostdeutschen, die sich unter anderem darüber beklagen, dass sie weniger Arbeitslosengeld II bekommen als im Westen. Nach Ansicht des Ombudrates ist die Zahl der Beschwerden gemessen an insgesamt fast drei Millionen Betroffenen verhältnismäßig klein. Aufgabe des Ombudrates ist es, die Einführung der Grundsicherung für Arbeitslose kritisch zu begleiten, eventuelle generelle Schwachstellen aufzudecken und Verbesserungsvorschläge zu machen, soweit solche notwendig sein sollten. Der Ombudsrat soll mit seinen Erkenntnissen helfen, die gesetzlichen Regelungen für die Betroffenen handhabbarer zu gestalten. Seine Aufgabe ist es jedoch nicht, Petitionen und einzelne Bürgerbeschwerden zu bearbeiten sowie Einzelfälle einer Lösung zuzuführen. Weitere Infos: [www.ombudsrat.de](http://www.ombudsrat.de)

fänger, ihren Bescheid genau zu prüfen und ihn sich ggf. erklären zu lassen: "Prüfen Sie den Bescheid genau. Legen Sie Rechtsmittel ein wenn nötig. Niemand sollte auf seine Rechte verzichten. Sprechen Sie mit ihrem Vermittler und nutzen Sie auch die neuen Möglichkeiten der Arbeitsförderung." Sicherlich ein guter Ratschlag für alle Betroffenen.



Die Auswertung der Frage, welche Haushalte durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe finanziell gewinnen bzw. verlieren ergibt ein differenziertes Bild. Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030-22777937  
Fax: 030-22776937  
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13  
08523 Plauen  
Tel: 03741-134118  
Fax: 03741-708486  
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im  
Internet:

[www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)

### Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

11.2.2005, 19 Uhr, 15 Jahre SPD-Ortsverein Elsterberg im Bürgerhaus

13.2.2005, 19 Uhr, Klausurtagung der Arbeitsgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion

16.2.2005, 17 Uhr, Vermittlungsausschuss

18.2.2005, 9 Uhr, Sitzung des Bundesrates

19.2.2005, 10 Uhr, Modelleisenbahnausstellung in Mühltröfch

26.2.2005, 18 Uhr, Ausstellungseröffnung im Malzhaus Plauen

1.3.-2.3.2005, Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden in Mainz

4.3.2005, 18 Uhr, Landesvorstand SPD-Sachsen

### Die nächsten Bürger-sprechstunde:

4.3.2005, 12-14 Uhr  
8.4.2005, 10-12 Uhr

Alle Sprechstunden im Plauener Wahlkreisbüro in der Freiheitsstraße 13. Telefonische Anmeldungen unter 03741-134118.

## Alle Nebeneinkünfte offen legen

Breit diskutiert wurde in den letzten Wochen über die "Nebeneinkünfte" verschiedener Bundes- und Landtagsabgeordneter. Zahlreiche Bürger wandten sich an Rolf Schwanitz und verlangten Auskünfte zu seinen Nebeneinkünften. Anlass für Rolf Schwanitz, noch einmal klarzustellen, dass er seit 1990 neben seiner politischen Arbeit als Bundestagsabgeordne-

ter und Staatsminister keine bezahlte Nebentätigkeit ausgeübt hat. Alle durch die Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages vorgegebenen Veröffentlichungspflichten wurden von ihm stets befolgt und entsprechend im Handbuch des Deutschen Bundestages bzw. im Internet veröffentlicht. Schwanitz unterstützt die Bemühungen der SPD-

Bundestagsfraktion die Verhaltensregeln zu verschärfen und eine Offenlegung aller Nebeneinkünfte zu erreichen. Seiner Ansicht nach sollte sich die Transparenz bei den Nebeneinkünften von Politikern jedoch nicht nur auf die Bundesebene beziehen, sondern auch die hauptamtlichen Politiker der Landes- und Kommunalebene erfassen.

### Neue Broschüre zur Arbeitsmarktreform

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine neue Broschüre zur Arbeitsmarktreform Hartz IV aufgelegt. Unter dem Titel „Hartz IV - Menschen in Arbeit bringen“ gibt die 160 Seiten starke Broschüre einen umfassenden Überblick unter anderem über das neue Arbeitslosengeld II.

Die neue Geldleistung, das Arbeitslosengeld II, wird mit Grafiken und Musterrechnungen erläutert. Ein eigenes Kapitel widmet sich der Beantwortung häufig gestellter Fragen zur neuen Grundsicherung und Hinweisen auf weiterführende Informationen. Der andere wichtige Baustein von Hartz IV ist die Integration in den Arbeitsmarkt durch intensivere Betreuung der Arbeitssuchenden, sowie Eigen-, Service- und Förderleistungen. Diese wird in den Kapiteln "Eigenleistung", "Serviceleistung" und "Förderleistung" noch einmal anschaulich dargestellt.

Unter der Internet-Adresse [www.arbeitsmarktreform.de](http://www.arbeitsmarktreform.de) kann die Broschüre online bestellt oder als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

### Fluthilfe für Südostasien



**Staatsakt im Deutschen Bundestag zum Gedenken an die Opfer der Flutkatastrophe an den Küsten des Indischen Ozeans**

Foto: Deutscher Bundestag

Die Bilder der schrecklichen Flutkatastrophe in Südostasien wird wohl niemand so schnell vergessen. Die Katastrophe traf auch Deutschland, denn nach Angaben der Reiseveranstalter hielten sich etwa 8000 Deutsche in den betroffenen Regionen auf. Die genaue Zahl der Toten steht immer noch nicht fest. "Noch nie war eine Bundesregierung mit den Folgen eines Tsunamis konfrontiert worden", stellte Staatsminister Schwanitz fest. In den ersten Tagen nach der Katastrophe koordinierte er in Vertretung des erkrankten Kanzleramtschefs Steinmeier im Bundeskanzleramt die

Maßnahmen der Bundesregierung. Mit einer beispiellosen Spendenbereitschaft reagierten die Bürger auf die Flutkatastrophe in Asien. Zudem stellt die Bundesregierung in den kommenden drei bis fünf Jahren eine halbe Milliarde Euro bereit. Nun geht es um mittel- und langfristige Projekte, also etwa den Wiederaufbau zerstörter Schulen und die Herrichtung der Wasserversorgung. Schwanitz: "Die Menschen in Südostasien brauchen unsere Unterstützung auch in ein paar Monaten und in den nächsten Jahren. Wir dürfen sie gerade dann nicht allein lassen. Deshalb ist es wichtig zu spenden."